



11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung - Videokonferenz

Gremium: Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
Sitzungstermin: Dienstag, 09.02.2021, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81
Link zur Videokonferenz: <https://rathaus-potsdam.webex.com/rathaus-potsdam/j.php?MTID=m7c26b9e83a917c8ddb631f63995df1c7>

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.01.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**
- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 Mobile Bürgerbeteiligung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
20/SVV/0862
- 4 **Partizipation**
 - 4.1 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung
- 5 **Transparenz**
 - 5.1 Transparenzsatzung - Zwischenbericht
- 6 **Digitalisierung**
 - 6.1 Videokonferenzen
 - 6.2 Breitbandanbindung von Schulen - bezgl. Kleine Anfrage 21/SVV/0013
- 7 **Jahresplanung 2021 - Schwerpunkte**

- 7.1 aktueller Stand Prüfauftrag / Konzept zur Nutzbarkeit von Open Source-Software in der Landeshauptstadt
- 7.2 Open Data Lab Potsdam
- 8 Themenspeicher/Themenvorschläge**
- 9 Sonstiges**



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/0862

öffentlich

Betreff:
Mobile Bürgerbeteiligung

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 04.08.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

19.08.2020

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Pavillon anzuschaffen, der anlass- und ortsbezogene Bürgerbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2021 Bericht zu erstatten.

gez. Janny Armbruster
Fraktionsvorsitzende

gez. Gert Zöllner
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin: Jan. 2021

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung

Die Stadtverordnetenversammlung und auch der Gestaltungsrat der Landeshauptstadt Potsdam haben in früheren Jahren eine ständige Ausstellung zur Stadtentwicklung in Potsdam gefordert. Es bestand Konsens darin, dass dies in einer Stadt wie Potsdam mit seiner hochwertigen Architektur- und Landschaftsgeschichte unerlässlich ist. Die sich im Laufe der positiven Entwicklung vertiefenden sozialen Fragen erfordern das umso mehr. Doch gibt es bis heute dazu weder Mittel noch geeignete Räumlichkeiten.

Eine gute Erfahrung bot der Pavillon wie der des Sanierungsträgers am Alten Markt. Ein solcher Pavillon bietet Raum für kleine Ausstellungen und für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern. Er kann dem Anlass und dem Ort der geplanten bzw. diskutierten Maßnahme entsprechend temporär aufgestellt und betreut werden, gewährleistet so die größtmögliche Bürgernähe.

Er wäre beispielsweise für die Ausstellung zur Teilaufhebung des Sanierungsgebietes der Zweiten barocken Stadterweiterung und/oder zur Umsetzung des Innenstadtverkehrskonzeptes geeignet. Er wäre in anderen Stadtteilen beispielsweise zu den neuen Planungen am Kirchsteigfeld, am Stern, in Fahrland oder Golm einsetzbar. Er wäre grundsätzlich zur Auslegung und bürgernahen Beteiligung bei B-Plan-Verfahren geeignet.

Die Kosten für Anschaffung, Betrieb und Betreuung sind zwar höher als wenn man gar nichts macht, sie sind aber niedriger als die Kosten für Erstellung, Betrieb und Betreuung einer ständigen Ausstellung.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/0862

 öffentlich**Einreicher:** Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung**Betreff:** Mobile Bürgerbeteiligung

Erstellungsdatum 04.09.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
08.09.2020	Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Bürgerbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann.

Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- Anschaffungs-, Betriebs- Lagerungs- und Transportaufwand eines Pavillons bzw. Containers
- Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wachschutz
- Eigene personelle Kapazitätsbeanspruchung und Aufgabenkonkurrenz in der Verwaltung

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn Ausstellungs- und Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der neuen Unterbringung der Bauverwaltung realisiert werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2021 Bericht zu erstatten.

gez. Jetschmanegg
Dezernent Zentrale Verwaltung



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
20/SVV/0862

öffentlich

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Mobile Bürgerbeteiligung

Erstellungsdatum 03.02.2021

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
09.02.2021	PTD		X

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann. Dabei soll die Möglichkeit bestehen, sowohl zu informieren als auch Meinungsbilder einzuholen.

Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- Anschaffungs- Betriebs-, Lagerungs- und Transportkosten eines Containers,
- Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wartung,
- personelle Kapazitätsbeanspruchung.

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder ähnliches stattfindet. Dazu ist ein Meinungsbild von Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung einzuholen.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung Ende 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Eine gute Erfahrung bot z.B. der Pavillon wie der des Sanierungsträgers am Alten Markt. Ein solcher Pavillon bietet Raum für kleine Ausstellungen und für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern. Er kann dem Anlass und dem Ort der geplanten bzw. diskutierten Maßnahme entsprechend temporär aufgestellt und betreut werden, gewährleistet so die größtmögliche Bürgernähe.

Er wäre grundsätzlich zur Auslegung und bürgernahen Beteiligung bei B-Plan-Verfahren, Sanierungssatzungen geeignet, beispielsweise auch zu den neuen Planungen am Kirchsteigfeld, am Stern, in Fahrland oder Golm, ebenso Verkehrsplanungen

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/0862

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

Betreff: Mobile Bürgerbeteiligung

Erstellungsdatum 16.02.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
18.02.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Ergänzungsvorschlag:

Als dritter Absatz wird eingefügt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann.

Dabei soll die Möglichkeit bestehen, sowohl zu informieren als auch Meinungsbilder einzuholen.

Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- Anschaffungs- Betriebs-, Lagerungs- und Transportkosten eines Containers,
- Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wartung,
- personelle Kapazitätsbeanspruchung.

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder ähnliches stattfindet. Dazu ist ein Meinungsbild von Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung einzuholen.

Darzustellen ist darüber hinaus, wie die Zielsetzung des Antrags im Rahmen der Umsetzung des Gesamtkonzeptes für die Stadtteilarbeit der LHP (Umsetzung des Beschlusses 17/SVV/0172) erreicht werden kann ohne Parallelstrukturen aufzubauen. Hierbei sind insbesondere auch vorhandene wie zu entwickelnde Bürgerbeteiligungsorgane sowie Ressourcen in der Verwaltung, vorhandene und geplante Infrastruktur und finanzielle Auswirkungen zu berücksichtigen.

Unterschrift – Fraktionsvorsitzender, Götz Friederich

Begründung:

Die Begründung des Antrags zeigt auf, wie die Bürger in politische Arbeit einbezogen und beteiligt werden sollen. Das Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit beinhaltet die gleiche Zielsetzung und verfolgt das Ziel, die Bürger insgesamt an den strategischen wie konkreten Vorgängen der Stadtentwicklung in allen Bereichen zu beteiligen. Vor der Umsetzung einer Teilzielsetzung sollte daher eher das Ziel verfolgt werden, vorhandene oder bereits beschlossene Maßnahmen umzusetzen. Dadurch werden vorhandene Einrichtungen gestärkt, ihre Entwicklung gefördert und die Stadtteilarbeit im Sinne des Konzeptes weiterentwickelt.



Niederschrift

11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung - Videokonferenz

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.02.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Mechthild Rüniger Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt SPD
Herr Leon Troche SPD
Frau Janny Armbruster Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sascha Krämer DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE
Herr Lars Eichert CDU
Frau Katharina Tietz DIE aNDERE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Sebastian Olbrich AfD

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel BürgerBündnis
Herr Peter Mundt DIE LINKE
Frau Andrea Mirjam Ney Freie Demokraten
Frau Dr. Sophia Rost Bündnis 90/Die Grünen
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz SPD

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg Dezernent
 Geschäftsber.
 Zentr.Verwaltung

Vertreter der Beiräte

Herr Peter Hahnel Seniorenbeirat

- 7 Jahresplanung 2021 - Schwerpunkte
- 7.1 aktueller Stand Prüfauftrag / Konzept zur Nutzbarkeit von Open Source-Software in der Landeshauptstadt
- 7.2 Open Data Lab Potsdam
- 8 Themenspeicher/Themenvorschläge
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Rüniger eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.01.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Rüniger stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 stimmberechtigten anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

Zur öffentlichen **Niederschrift vom 21.01.2021** gibt es keine Hinweise. Die Niederschrift wird **mit 8 Ja-Stimmen** bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Zur vorliegenden **Tagesordnung** gibt es ebenfalls keine Hinweise. Sie wird **einstimmig bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Mobile Bürgerbeteiligung

Vorlage: 20/SVV/0862

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Ausschussvorsitzende bringt namens Ihrer Fraktion den Antrag in der folgenden Neuen Fassung ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann. Dabei soll die Möglichkeit bestehen,

sowohl zu informieren als auch Meinungsbilder einzuholen.
Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- Anschaffungs- Betriebs-, Lagerungs- und Transportkosten eines Containers,
- Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wartung,
- personelle Kapazitätsbeanspruchung.

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder ähnliches stattfindet. Dazu ist ein Meinungsbild von Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung einzuholen.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung Ende 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Eine gute Erfahrung bot z.B. der Pavillon wie der des Sanierungsträgers am Alten Markt. Ein solcher Pavillon bietet Raum für kleine Ausstellungen und für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern. Er kann dem Anlass und dem Ort der geplanten bzw. diskutierten Maßnahme entsprechend temporär aufgestellt und betreut werden, gewährleistet so die größtmögliche Bürgernähe.

Er wäre grundsätzlich zur Auslegung und bürgernahen Beteiligung bei B-Plan-Verfahren, Sanierungssatzungen geeignet, beispielsweise auch zu den neuen Planungen am Kirchsteigfeld, am Stern, in Fahrland oder Golm, ebenso Verkehrsplanungen.

Auf Nachfrage von Frau Tietz, warum sich die neue Fassung nur auf Prozesse der Stadtentwicklung beschränke, erwidert Frau Armbruster, dass die Prozesse zur Öffentlichkeitsbeteiligung auch analog für andere Prozesse verwendet werden könnten.

Weiterhin schlägt Frau Armbruster vor, den Antragstext so zu ergänzen, dass nicht nur eine Containerlösung berücksichtigt werde.

Nach einer kurzen Beratung zur Formulierung schlägt Frau Dr. Rüniger die folgende Ergänzung vor:

„...Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container **oder anderer Lösungen für weitere mobile Konzepte** vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder Ähnliches stattfindet.

...“

Im Anschluss wird die so ergänzt neue Fassung zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann. Dabei soll die Möglichkeit bestehen, sowohl zu informieren als auch Meinungsbilder einzuholen.

Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- **Anschaffungs- Betriebs-, Lagerungs- und Transportkosten eines Containers,**
- **Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wartung,**
- **personelle Kapazitätsbeanspruchung.**

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container oder anderer Lösungen für weitere mobile Konzepte vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder ähnliches stattfindet. Dazu ist ein Meinungsbild von Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung einzuholen.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung Ende 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4 Partizipation

zu 4.1 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

Beteiligungsrat:

Frau Von Heyden-Hendricks berichtet von den Schwerpunktthemen des Beteiligungsrates im Jahr 2021. Unter anderem möchte sich der Rat mit Folgendem intensiver beschäftigen:

- Unterstützung der Ortsbeiräte
- Beteiligungsverfahren in Bezug auf den Bürgerhaushalt
- autofreie Innenstadt
- Stadtkanal
- Krampnitz

Weiterhin berichtet Sie von Ihren Ergebnissen zur Recherche bezüglich der digitalen Bauantragstellung in anderen Kommunen.

Bei fast allen angefragten Kommunen müssten die Anträge in Papierform eingereicht werden. Bei Kommunen, die Anträge auch in digitaler Form annehmen würden, sei das Verfahren sehr umständlich.

Das Land Brandenburg arbeite jedoch derzeit an einem allgemeinen Verfahren, das die Antragstellung in digitaler Form erlaube und anschließend den Kommunen zur Verfügung gestellt werden würde.

Werkstadt für Beteiligung:

Herr Kärsten erklärt in Bezug auf den Tagesordnungspunkt 3.1 – mobile Bürgerbeteiligung, dass die Werkstadt zusammen mit dem Beteiligungsrat bei der Ideensammlung zur Umsetzung der Bürgerbeteiligung gern behilflich sein wird.

Darüber hinaus berichtet er von der Akteurinnenkonferenz-Waldstadt. Es sei ein

guter Zwischenstand erreicht worden, dessen Ergebnisse am 18.02. in der Zeit von 10-13 Uhr in einem Netzwerktreffen vorgestellt werden sollen. Weitere Informationen diesbezüglich stellt die Werkstatt für Beteiligung auf Anfrage gern zur Verfügung.

In der Stadtverordnetenversammlung am 18.02.2021 werde mit der Drucksache 21/SVV/0066 das Partizipationskonzept am Schlaatz eingebracht. Aufgrund des Umfangs des Konzeptes, biete Herr Kärsten an, für Rückfragen zur Verfügung zu stehen bzw. das Konzept bei Bedarf im Ausschuss vorzustellen.

zu 5 **Transparenz**

zu 5.1 **Transparenzsetzung - Zwischenbericht**

Herr Jetschmanegg stellt Frau Petermann die kommissarische Fachbereichsleiterin Verwaltungsmanagement sowie Frau Bojunga die neue Fachbereichsleiterin Kommunikation und Partizipation vor.

Frau Petermann gibt an Hand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation einen Zwischenbericht zur Transparenzsetzung der Landeshauptstadt Potsdam.

Herr Marquardt bedankt sich für die Ausführungen und befürwortet die Verwendung des Open-Data-Portals für die Bereitstellung von Informationen. Gleichzeitig bittet er darum, auf die verwendeten Dateiformate zu achten. Oftmals würden PDF-Dateien im Portal hinterlegt, welche sich nur schwer auswerten ließen.

Frau Petermann erklärt, dass sich ein neuer Aktenplan in Arbeit befinde und Verwendetet Dateiformate barrierefrei seien werden.

Ebenfalls wurde versucht Expertise aus anderen Städten einzubeziehen, jedoch haben nur wenige Städte ebenfalls eine Transparenzsetzung.

Auf Nachfrage von Frau Rost zur Transparenz von Software-Quellcode antwortet Herr Morgenstern-Jehia, Fachbereichsleiter E-Government, dass die Landeshauptstadt Potsdam nur Quellcode von eigener Software veröffentlichen dürfe, jedoch keine eigene Software entwickeln würde. Quellcode von Open-Source-Software (OSS) sei jedoch generell öffentlich zugänglich, wenn auch auf anderen Plattformen als dem Open-Data-Portal.

Herr Jetschmanegg, Dezernent Zentrale Verwaltung, fügt abschließend hinzu, dass die Transparenzsetzung parallel zur Überarbeitung der Internetpräsenz im Zuge des Onlinezugangsgesetzes erarbeitet werde.

zu 6 **Digitalisierung**

zu 6.1 **Videokonferenzen**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Marquardt berichtet mit Hilfe einer der Niederschrift beigefügten Präsentation von den Ergebnissen seiner Umfrage bezüglich des Videokonferenzsystems Webex.

Herr Jetschmanegg erklärt, dass es für die Verwaltung hilfreich sei, eine Auswertung dieser Art zu erhalten.

Die derzeitige Situation könne aber nicht als Regelfall angesehen werden, da es aufgrund der aktuellen Notlagenverordnung viele Ausnahmen gebe.

Die Verwaltung arbeite zurzeit u.a intensiv daran, nicht öffentliche Teile von Ausschusssitzungen rechtssicher als Videokonferenz durchführen zu können. Es werde zusätzlich darauf hingearbeitet, einen verwaltungseigenen Jitsi-Server bereitzustellen.

Das in der Präsentation angesprochene Problem der nicht ausreichend schnellen Internetverbindung auf der Teilnehmerseite könne die Verwaltung leider nicht lösen. Dieses Problem bestehe bei den Internetanbindungen der Schulen ebenfalls. Hier sei man auf die angebotenen Leistungen der Internetprovider angewiesen.

zu 6.2 Breitbandanbindung von Schulen - bezgl. Kleine Anfrage 21/SVV/0013

Herr Marquardt erklärt, dass sich zu diesem Thema bereits eine Kleine Anfrage im Geschäftsgang befinde und bittet die Vertreter der Verwaltung um eine kurze Sachstandsmeldung.

Herr Marquardt führt aus, dass als Faustregel für eine ausreichend schnelle Internetanbindung für Schulen mit 1 Mbit/s pro Schüler gerechnet werden müsse. Dabei wird von einer gleichzeitigen Nutzung durch 75 % der Schüler ausgegangen.

Herr Jetschmanegg weist darauf hin, dass die Bereitstellung von Dateninfrastruktur im Gegensatz zu Infrastruktur von Elektrizität bzw. Ab-/Wasser rein privatwirtschaftlich erfolge.

Man verfüge daher nur über die angebotenen Bandbreiten, welche für die Anbindung einer Schule oftmals nicht leistungsfähig genug seien. Durch die vermehrte Beschaffung von mobilen Endgeräten für Schüler über z.B. Förderprogramme in Verbindung mit Onlineunterricht werde dieses Problem umso deutlicher. Derzeit würden 13 Schulen über eine ausreichend dimensionierte Internetanbindung verfügen.

Die Stadtverwaltung sucht aktiv nach Förderprogrammen für den Breitbandausbau, um langfristig Abhilfe schaffen zu können. Darüber hinaus wird das Thema Breitbandausbau zusammen mit der Landesverwaltung und im Zweckverband Digitale Kommune beraten, da dieses Problem nicht nur Potsdamer Schulen betreffe.

zu 7 Jahresplanung 2021 - Schwerpunkte

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Marquardt eröffnet den Tagesordnungspunkt und berichtet von der per Mail versendeten Übersicht der möglichen Schwerpunktthemen für die Jahresplanung 2021:

Information zur Jahresplanung 2021 - Schwerpunkte

Thema Partizipation

- a. Digitale Bürgerbeteiligung durch Beteiligungsplattformen / Potsdam App? (Mechthild Rüniger & Nico Marquardt)
- b. Ausschreibung / Interessenbekundungsverfahren externer Teil Werkstatt

- für Beteiligung (LHP Zentrale Verwaltung)
- c. Neubesetzung Beteiligungsrat (LHP Zentrale Verwaltung)
- d. Auswertung Maerker und MaerkerPlus / stärkere Nutzung des MaerkerPlus-Portals (LHP Zentrale Verwaltung)
- e. *Ehrenamt, Ehrenamt in der LHP stärken, Prüfen von Bundes-Förderprogrammen und Schaffung von Teilnehmungsplattformen (Barcamp für Ehrenamt), wünschenswert: Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat (Freie Demokraten)*

Thema Transparenz

- a. Sachstand Transparency Int.: Potsdam als institutionelles Mitglied von TI Deutschland, ggf. Handlungsbedarf Ombudsperson einladen zu Problemlagen? (Vorschlag Mechthild Rürger)
- b. Regelung zum Umgang mit Eingaben und Beschwerden (Stichwort: Ideen- und Beschwerdemanagement) (LHP Zentrale Verwaltung)
- c. Open-Data-Portal (LHP Zentrale Verwaltung)
- d. Transparenzsetzung (LHP Zentrale Verwaltung)

Thema Digitalisierung

- a. Digitalisierung und Schule (Vorschlag Nico Marquardt)
- b. Begleitung des Change-Prozesses zur Digitalisierung der Verwaltung (<https://ozg.brandenburg.de>)
 - I. z.B. Umsetzung des OZG und die nutzerfreundliche Digitalisierung bestehender Verwaltungsdienste einschließlich Unterstützungsbedarf durch SVV (Vorschlag Sophie Rost) passend zu 7m
 - II. sog. Nachnutzung auf kommunaler Ebene, z.B. digitale Formulare+ kontaktlose Einreichmöglichkeiten für Sozialdienstleistungen (Vorschlag Mechthild Rürger) passend zu 7k
 - III. digitale Kompetenzsteigerung internetferner Familien (Vorschlag Mechthild Rürger)
- c. Teilhabe durch Digitalisierung im Alter (s. 8 Altersbericht der Bundesreg., Potsdamer Netzwerk 2. Lebenshälfte) (Mechthild Rürger)
- d. ?Monitoring der Umsetzung der digitalen Bauantragstellung auf Landesebene (CDU- Fraktion?) passend zu 7 I
- e. Open Source - Public Money, Public Code. (Vorschlag Nico Marquardt) passend zu 7m
- f. Open Data - Prozesse, Strukturen, verbindlicher Rahmen, Standards, Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Vorschlag Nico Marquardt) passend zu 6 c+ d
- g. Breitbandausbau in Potsdam (Vorschlag Nico Marquardt) passend zu 7 I
- h. IT und Digitalisierung / CTO und CIO - Zuständigkeiten innerhalb der LHP (Vorschlag Nico Marquardt)
- i. Smart City (Vorschlag Nico Marquardt) passend zu 7 k, I
- j. Stadtwerke und Digitalisierung: Synergien, Zusammenarbeit, politische Handlungsfelder (Vorschlag Nico Marquardt)
- k. regelmäßige Information zur Mitgliedschaft im Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg (LHP Zentrale Verwaltung)

- l. IT-Strategie der LHP (LHP Zentrale Verwaltung)
- m. Umsetzung Onlinezugangsgesetz (OZG) (LHP Zentrale Verwaltung)
- n. Open-Source-Software (LHP Zentrale Verwaltung)
- o. *E-Government-Gesetz (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)*

Im Weiteren wird jeder (Unter-)Punkt einzeln aufgerufen und zur Diskussion gestellt. Frau Dr. Rüniger merkt zuvor an, dass es sich bisher um eine Ideen-Sammlung handele, welche noch priorisiert werden müsse.

Her Jetschmanegg weist darauf hin, dass bei den einzelnen Themen immer die Zuständigkeit und Gestaltungsrecht der Stadtverordneten und die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters beachtet wird.

Themengebiet Digitalisierung

Frau Professor Schwarz schlägt vor, unter Digitalisierung das Themengebiet „E-Government-Gesetz“ zu ergänzen.

Auf Nachfrage zum **Punkt e.** unter Digitalisierung erklärt Herr Marquardt, dass „Public Money, Public Code“ bedeutet, dass Steuergelder auch für öffentlichen Softwarecode genutzt werden sollten.

Frau Dr. Rüniger erkundigt sich danach, ob der unter dem **Punkt k.** genannte Zweckverband Digitale Kommune auch eigene Software entwickelt. Herr Jetschmanegg erklärt, dass im Zuge des Onlinezugangsgesetzes (OZG) eine Arbeitsteilung auf Bundesländerebene erfolgen würde. Alle hier erstellte Software würde auch den anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden. Das Land Brandenburg würde sich mit dem Themenschwerpunkt Einbürgerung und Aufenthaltstitel befassen. Auf kommunaler Ebene gebe es eine solche Arbeitsteilung derzeit nicht und daher würde auch keine Software erstellt.

Herr Eichert erbittet zum **Punkt k.** eine Kosten-Nutzen-Analyse des Zweckverbandes Digitale Kommune.

Bezüglich des **Punktes l.** erkundigt sich Herr Eichert weiter, ob es Verbesserungen im Bereich IT-Sicherheit gebe. Im Abschlussbericht zum IT-Sicherheitsvorfall wurde auf Nachholbedarf hingewiesen. Herr Jetschmanegg wird zu diesem Thema gesondert in der März-Sitzung des Ausschusses Bericht erstatten.

Herr Eichert spricht sich dafür aus, möglichst schnell Haushaltsmittel für digitale Projekte einzuplanen, um entsprechende Vorhaben auch ohne zeitliche Verzögerung umsetzen zu können.

Themengebiet Partizipation

Zum **Punkt a.** schlägt Herr Marquardt vor, in die Potsdam-APP ein Partizipationstool wie z.B. den Maerker (Plus) zu integrieren.

Frau Ney bittet darum, genau dies nicht zu umzusetzen und lieber eine Aktualisierung der Oberfläche des Maerker (Plus) zu fordern. Der Vorschlag, konstruktive Kritik direkt beim Maerker einzureichen, wird von Herrn Morgenstern-Jehia unterstützt.

Zum **Punkt c.** ergänzt Herr Jetschmanegg, dass in der kommenden Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden soll, die Besetzungsperiode

des Beteiligungsrates um ein Jahr zu verlängern.

Die Auswertungen zum **Punkt d.** sollen in regelmäßigen Abständen im Ausschuss erfolgen.

Frau Ney bittet darum, den folgenden Punkt zu ergänzen:
Ehrenamt, Ehrenamt in der LHP stärken, Prüfen von Bundes-Förderprogrammen und Schaffung von Beteiligungsplattformen (Barcamp für Ehrenamt), wünschenswert: Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat.

Themengebiet Transparenz

Zum **Punkt a.** habe Frau Dr. Rürger bisher wenig Rückmeldungen erhalten. Sie wolle weitere Recherchen zu diesem Thema durchführen. Herr Jetschmanegg empfiehlt ihr Frau Hofmann, die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes als Ansprechpartner in der Verwaltung.

Herr Jetschmanegg verweist zum **Punkt b.** auf die bereits im Ausschuss vorgestellte Lösung zum Umgang mit Eingaben und Beschwerden in Verbindung mit dem Ideen- und Beschwerdemanagement.

Bezüglich der **Punkte c. und d.** möchte die Verwaltung regelmäßig im Ausschuss Bericht erstatten.

zu 7.1 aktueller Stand Prüfauftrag / Konzept zur Nutzbarkeit von Open Source-Software in der Landeshauptstadt

Herr Morgenstern-Jehia bittet darum, das Thema bis zur Sitzung nach der Sommerpause zu verschieben. Der Stelle des IT-Architekten, in dessen Aufgabenbereich die Erstellung eines solchen Konzeptes falle, sei derzeit vakant. Mit dem Konzept solle jedoch mit der Hilfe externer Expertise begonnen zeitnah werden.

zu 7.2 Open Data Lab Potsdam

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Redebedarf.

zu 8 Themenspeicher/Themenvorschläge

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Redebedarf.

zu 9 Sonstiges

Herr Morgenstern-Jehia berichtet von der letzten Sitzung des Zweckverbandes Digitale Kommune am 03.02.2021.

Die nächste Sitzung sei für den 13.03. geplant. Die Verbandsversammlung soll dann u.a. den Zuschlag für das künftige Rechenzentrum ab 2022 erteilen. U.a. sollen durch den künftigen Betreiber auch eine Videokonferenzlösung sowie eine rechtskonforme Abstimmungsplattform bereitgestellt werden.

Weiterhin berichtet er von der seit Dezember 2020 verfügbaren Möglichkeit für Mitarbeiter der Stadtverwaltung mobil arbeiten zu können. Dieses Angebot würden ca. 1400 Mitarbeitende bereits nutzen.

Frau Dr. Rüniger erklärt, dass es für Fraktionsgeschäftsführende nicht möglich sei, diese Art der mobilen Arbeit nutzen zu können, da hierfür der Bürocomputer morgens eingeschalten werden müssten.

Derzeit bestehe nur diese eine Variante für mobiles Arbeiten. Auch die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung müssten diese Voraussetzung organisatorisch lösen, um von zu Hause arbeiten zu können. Natürlich sollen die Bedingungen für das mobile Arbeiten für die Beschäftigten der Landeshauptstadt Potsdam weiterhin verbessert werden.

Vom Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz Land Brandenburg zur Transparenzsetzung der LHP

PTD-Ausschusssitzung
09.02.2021

Gliederung

1. Ziel- und Zweck der Transparenzsetzung
2. Überblick über den Stand in Deutschland (Regelungsunterschiede)
3. Mögliche Inhalte (Informationsrubriken) der LHP-Satzung
4. Derzeitige Zugänge für Informationen/Daten
5. Organisatorische und technische Herausforderungen – erster Überblick
6. Vorschlag Zeitplan für die Satzungserstellung

Worum geht es in einer Transparenzsetzung?



→ Proaktives, zeitnahes Aufbereiten und Veröffentlichen von Daten und Informationen

2. Überblick über den Stand in Deutschland (Regelungsunterschiede)



Bundesebene

Informationsfreiheitsgesetz

Länderebene

**Informationsfreiheitsgesetze, Transparenzgesetze
oder keine Regelungen**

Gemeindeebene

Transparenzsatzungen

3. Mögliche Inhalte (Informationsrubriken) der LHP-Satzung



Beschlüsse der SVV,
Protokolle, Anlagen,
Satzungen

Verwaltungsvorschriften,
Richtlinien,
Dienstsanweisungen

Aufsichtsrechtliche
Entscheidungen der
Fach- und Rechtsaufsicht

Regelungen zu erteilten
Baugenehmigungen und
-vorbescheide

Öffentliche Pläne
(Bauleit-,
Landschaftspläne usw.)

Geodaten,
Bodenrichtwertkarten,
Mietspiegel

Rechtskräftige
Entscheidungen der
Vergabekammer

Verwaltungsvorschriften,
Richtlinien,
Dienstsanweisungen

Unternehmensdaten an
denen die Kommune
beteiligt ist

Interne und externe
Gutachten/Studien,

kommunale Statistiken,
amtliche Statistiken

Verträge der
Daseinsfürsorge

Umweltinformationen
Ergebnisse, Messungen,
Beobachtungen zum
Zustand der Umwelt

Informationen zur
Beteiligung der
Öffentlichkeit oder
Auslegung

Vergabeentscheidungen
Bauleistungen,
Lieferungen,
Dienstleistungen

Informationen zu
Subventionen,
Fördermitteln, Spenden,
zum Sponsoring

Haushalts-,
Organisations-,
Geschäftsverteilungs-
Akten- und Stellenpläne

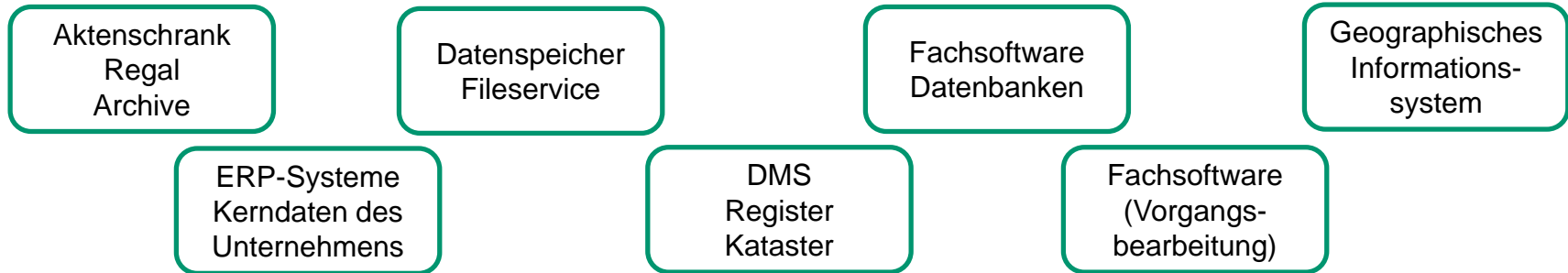
Informationen von
vergleichbarem
öffentlichen Interesse

Informationsrubriken sind in der Satzung zu definieren.

Ausgenommen sind Informationen zum Schutz:

- öffentlicher Belange und zur Rechtsdurchsetzung
- behördlicher Entscheidungsbildungsprozesse
- von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen
- personenbezogener Daten

Informationen und Daten entstehen durch Verwaltungshandeln der Fachbereiche



Die Veröffentlichung obliegt den Fachbereichen



www.Potsdam.de

Geoportal

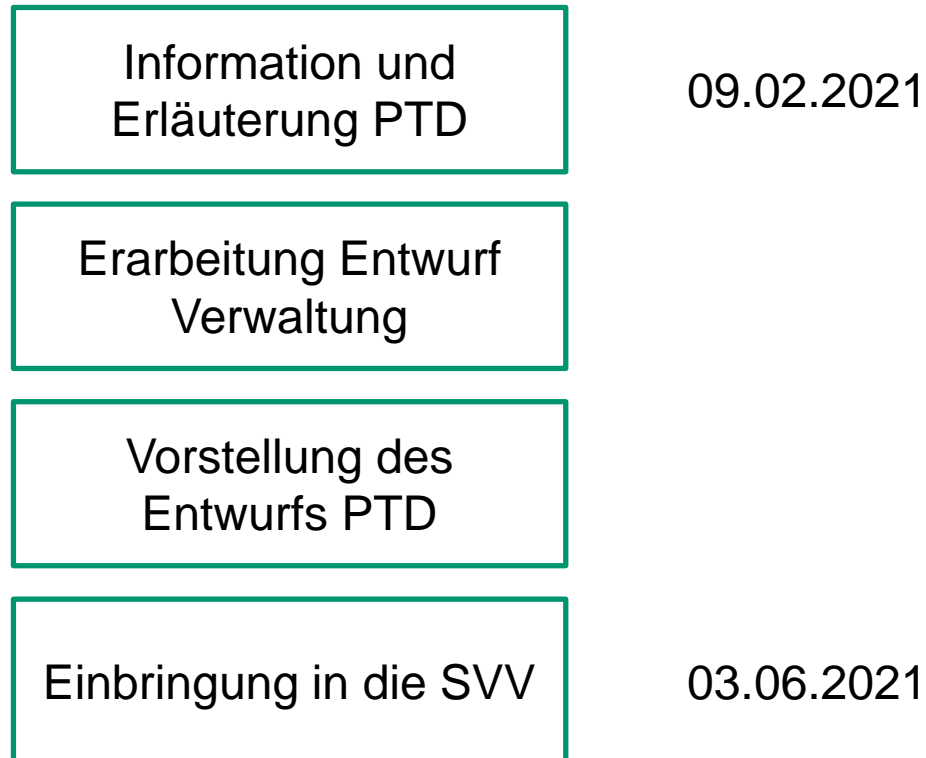
Intranet

Einheitliches Informations- und Datenmanagement (Modell) notwendig

Aufbau eines zentral zu führenden, elektronisches und allgemein zugängliches Informationsregisters – Vorzugsweise das bestehende Open-Data-Portal der LHP

Zentral gesteuertes verwaltungsweites Projekt, inklusive Konzeptentwicklung, Dienstanweisungen, Leitfaden

- Bewertung derzeitiger Informationszugänge (Struktur, Prozesse)
- Ausbau standardisierter und automatisierter Prozesse in den Fachverwaltungen fundierte Identifikation von rechtlichen An- und Herausforderungen
- Klare Nutzenbewertung der Informations- und Datenbestände (Priorität)
- systematische technische und organisatorische Infrastrukturentwicklung
- Information und Sensibilisierung der Führungskräfte und Mitarbeitenden
- Bereitstellung technischer, finanzieller und personeller Ressourcen



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Umfrage zur Webex- Nutzung in der LHP

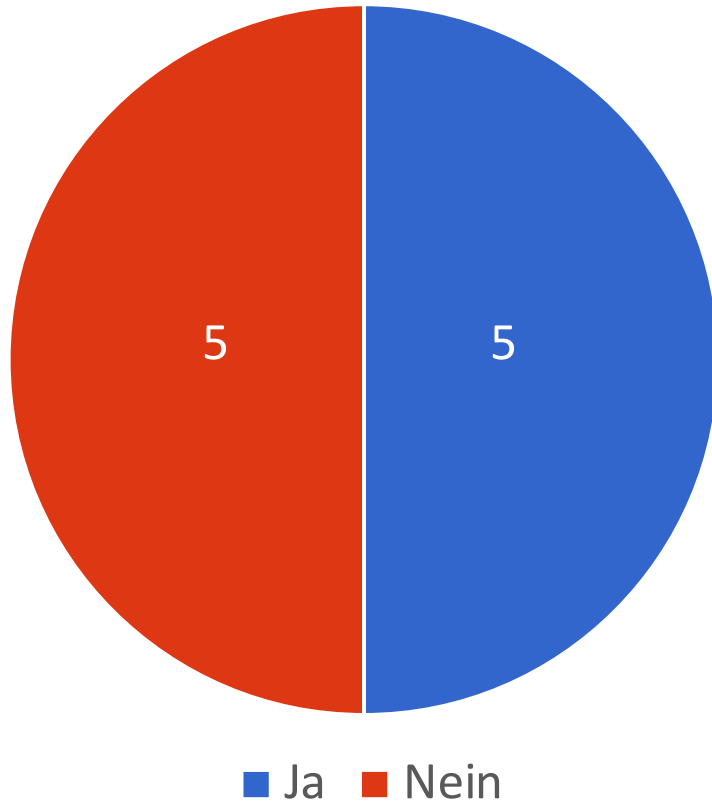
Durchgeführt von Nico Marquardt

Inhalt der Umfrage

- **Fragestellung:** Bedarf es Optimierungen am Videokonferenzsystem Webex im Kontext der aktuellen digitalen Ausschussarbeit?
- **Zielgruppe:** alle 11 Ausschussvorsitzende der LHP
- **Zahl der Teilnehmer:** 10 von 11 Ausschussvorsitzende
- **Zeitraum:** 28.01.2021 bis 08.02.2021

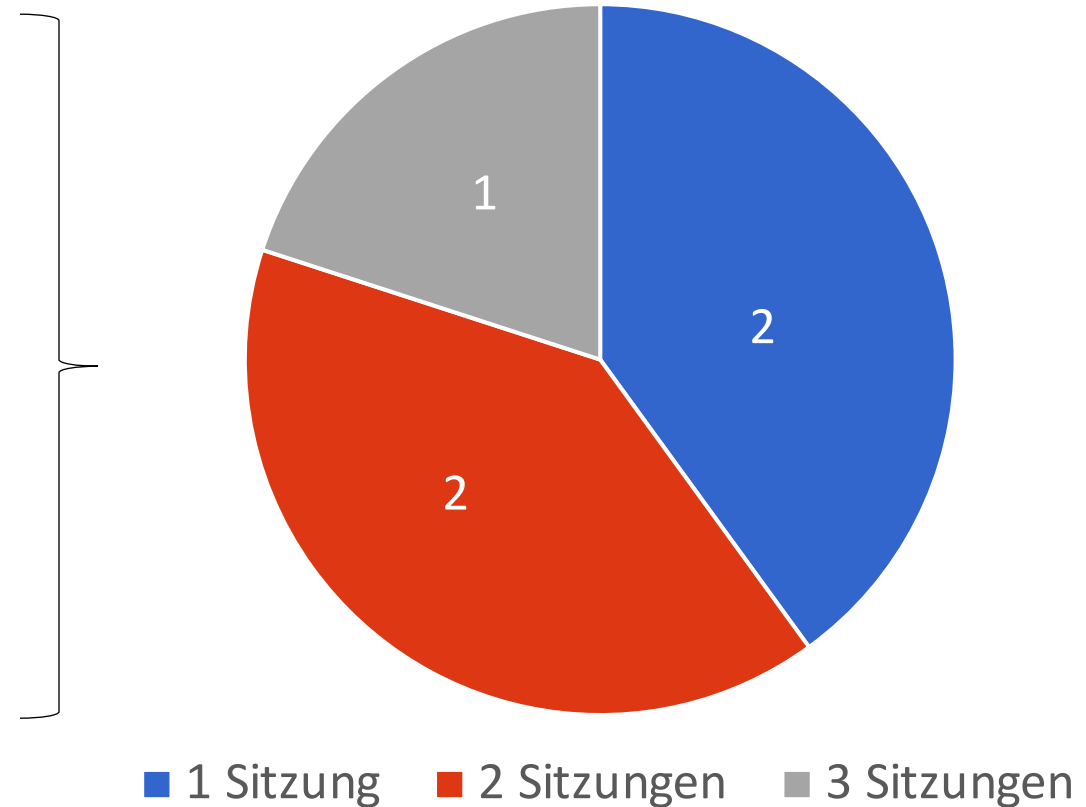
Hat Ihr Ausschuss schon eine Videokonferenz durchgeführt?

10 Antworten



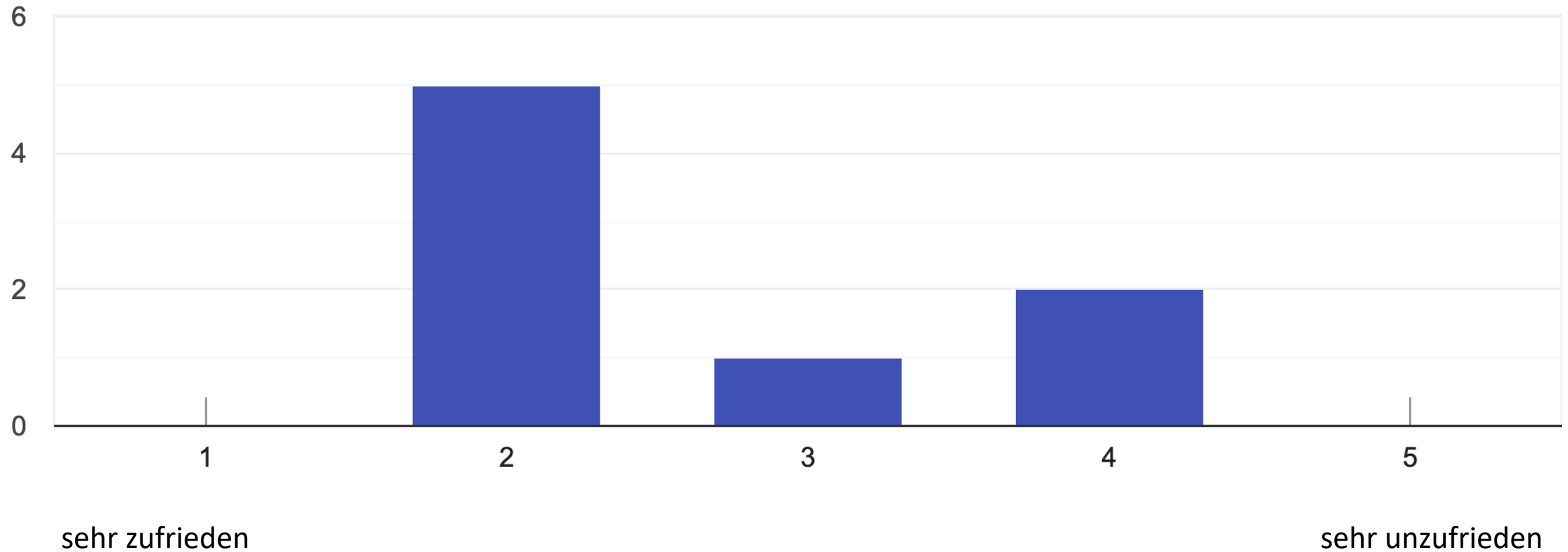
Wie viele Videokonferenzen hat Ihr Ausschuss abgehalten?

5 Antworten



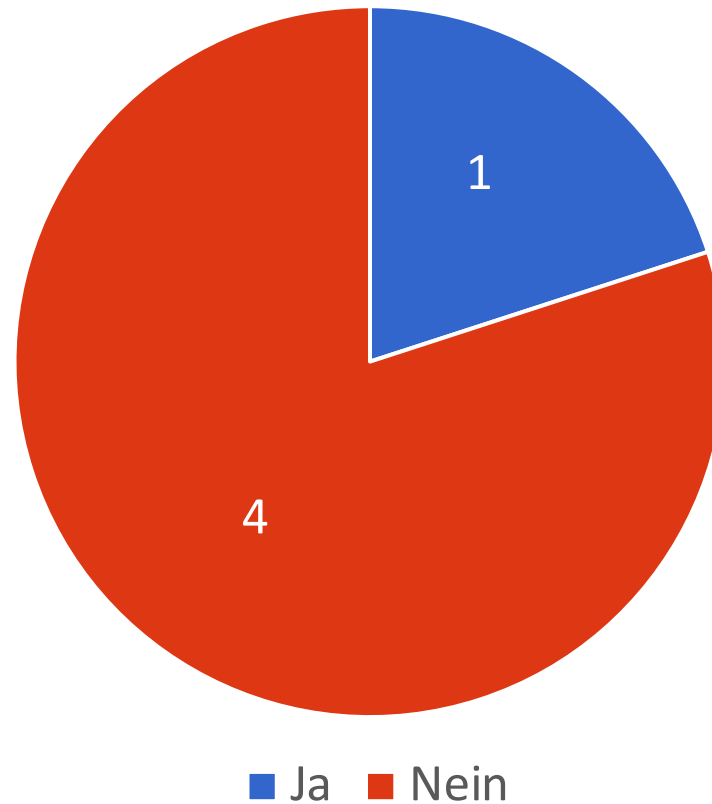
Wie zufrieden sind Sie mit der aktuellen Webex-Lösung für Ausschusssitzungen der LHP?

8 Antworten



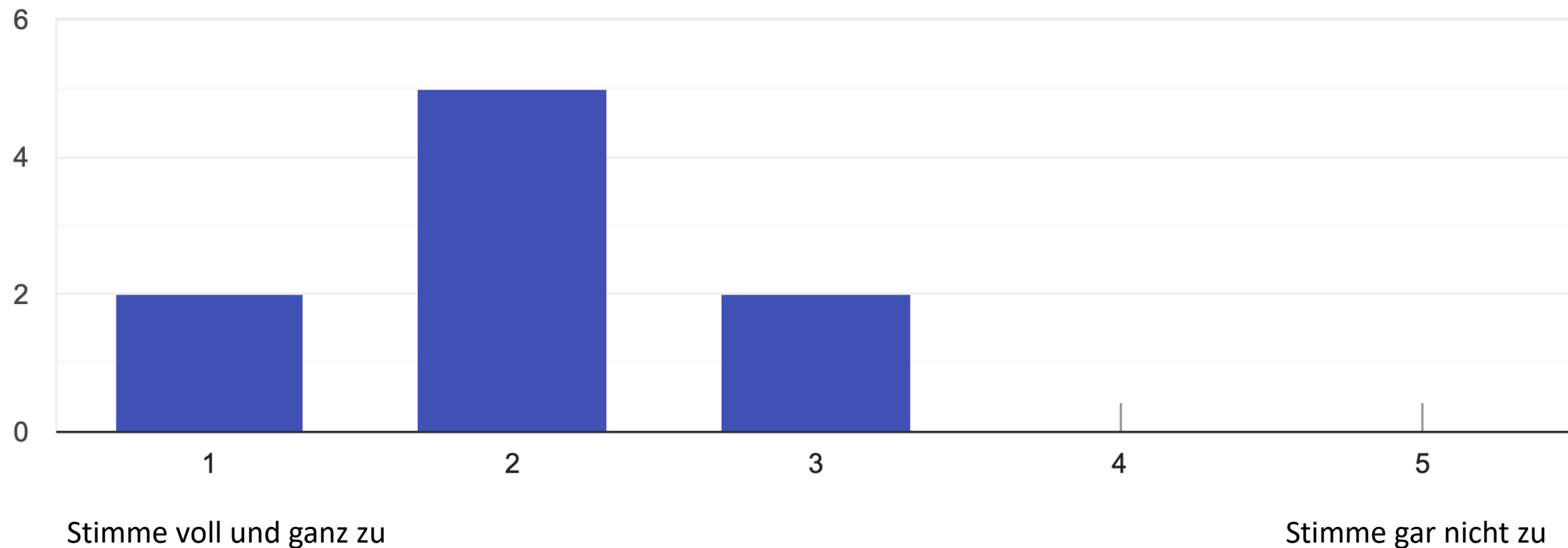
Würden Sie anstelle der Webex-Lösung ein anderes Videokonferenzsystem bevorzugen?

5 Antworten



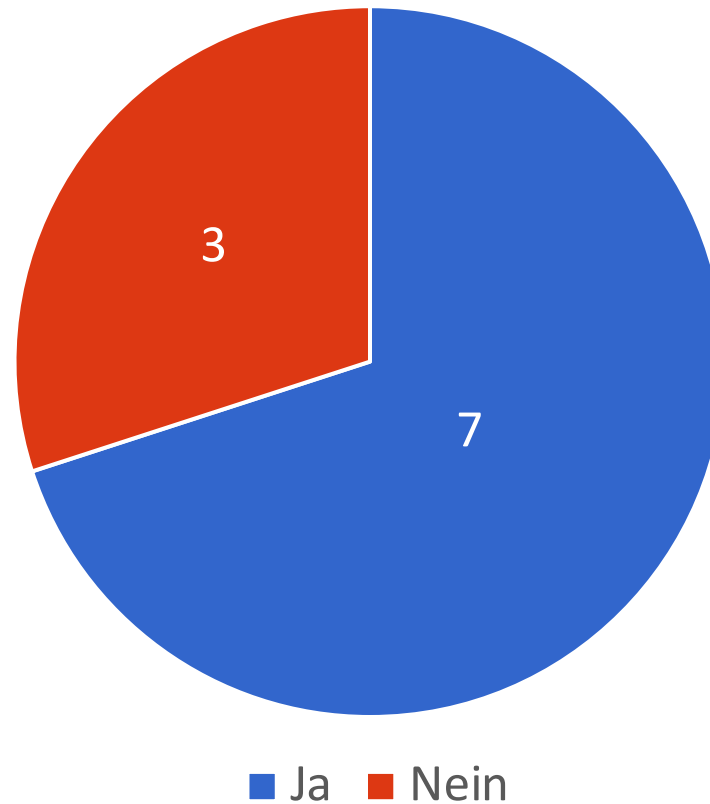
Die Bedeutung und der Einsatz von Videokonferenzen für die politische Arbeit wird in den nächsten Jahren stark zunehmen.

9 Antworten



Sind Sie der Meinung, dass Ausschusssitzungen, bei bestimmten Themen, auch in Zukunft hybrid durchgeführt werden sollten.

10 Antworten

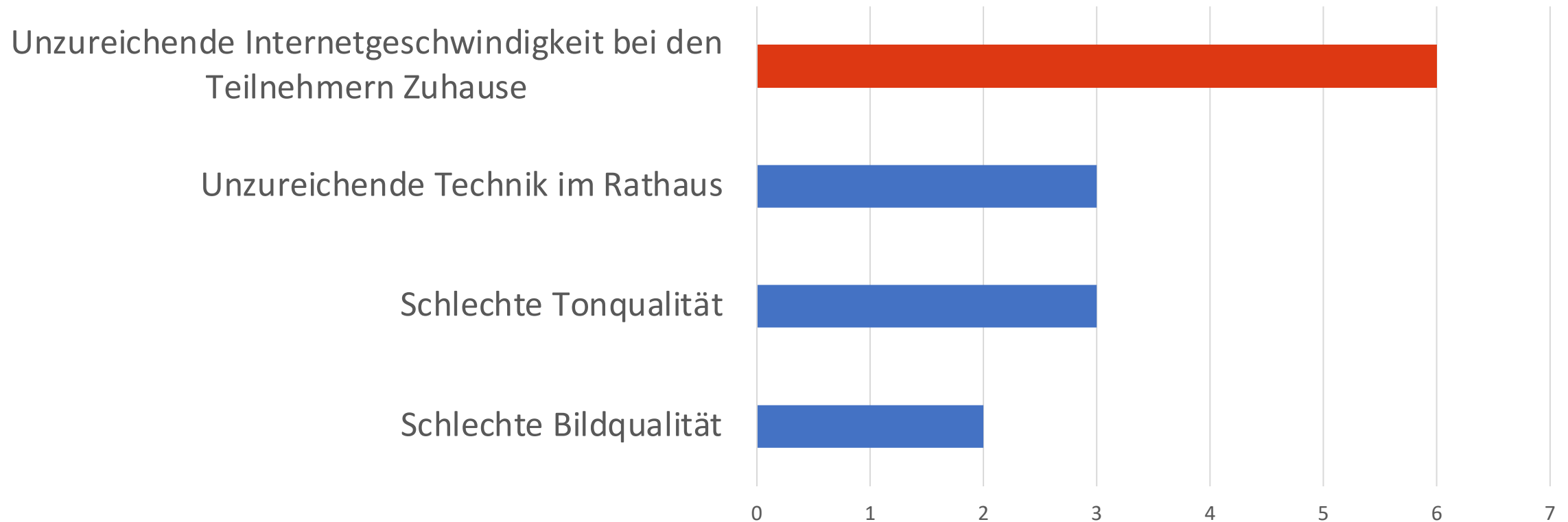




Was sollte verbessert
werden?

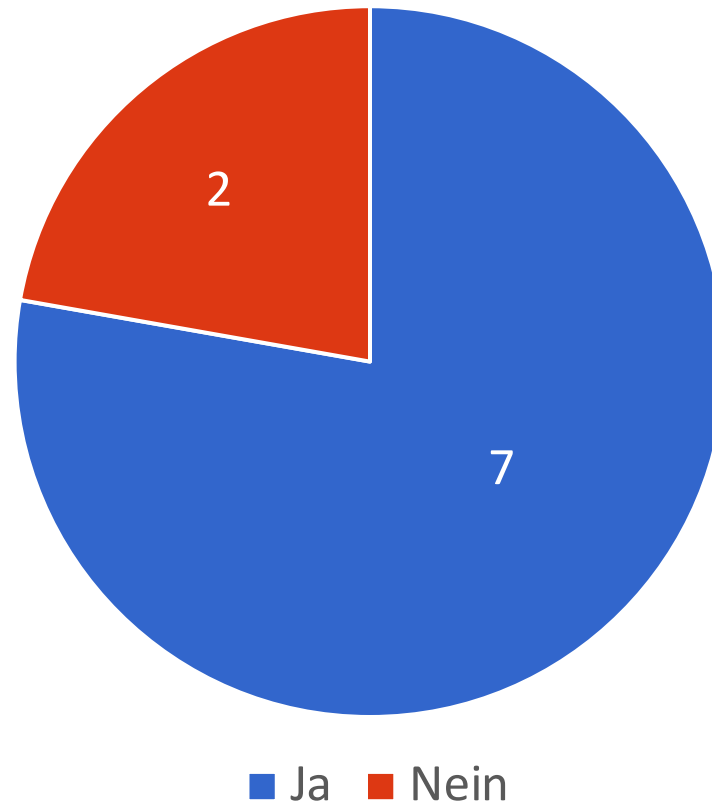
Gründe für die Unzufriedenheit bzw. Nicht-Nutzung von Videokonferenzen (Mehrfachnennungen möglich)

9 Antworten



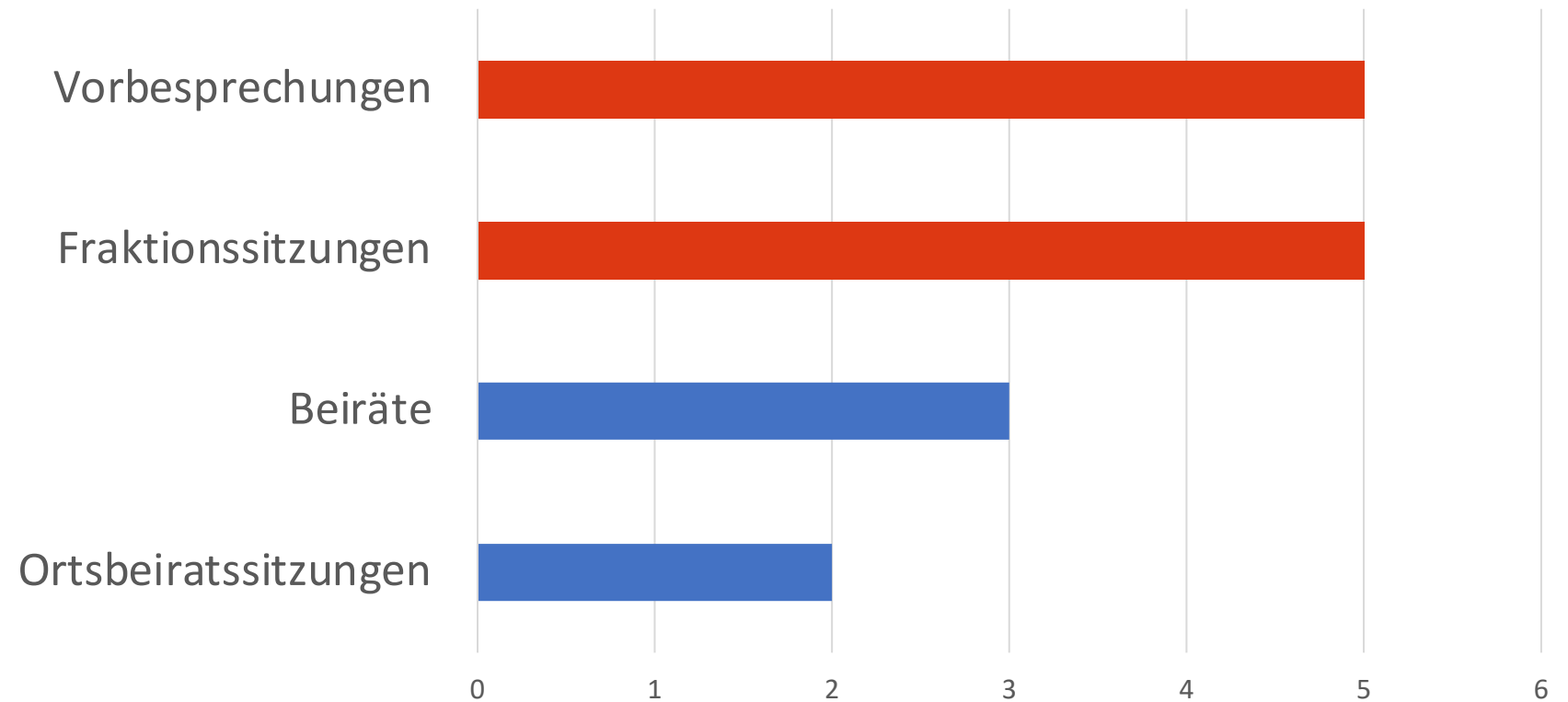
Wünschen Sie sich als Ausschussvorsitzende*r einen größeren technischen Funktionsumfang zur Leitung des Ausschusses (Moderatorenrechte, Rauschunterdrückung, Lautstärkeanpassung etc.)

9 Antworten



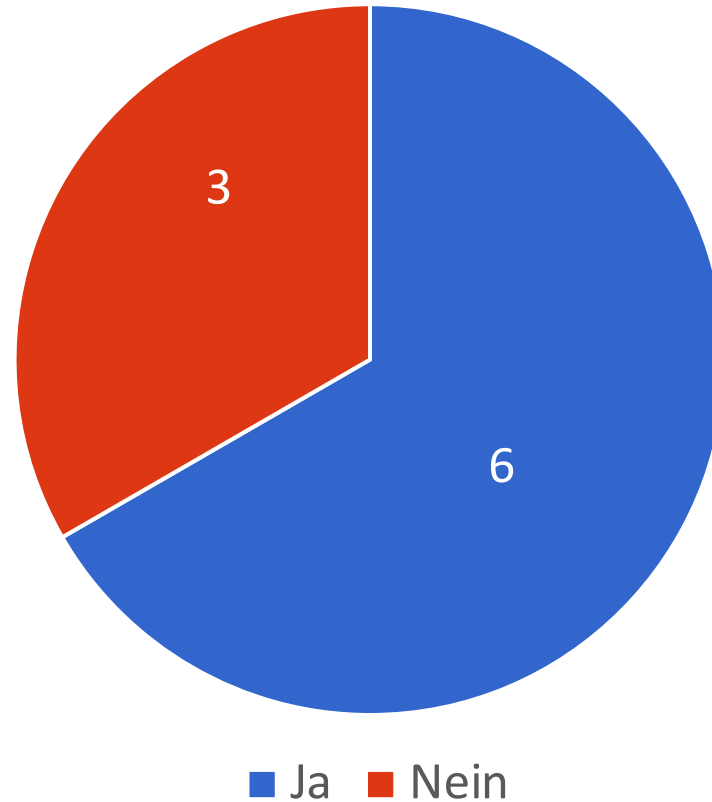
Zu welchen Anlässen wünschen Sie sich, dass die LHP (auch) Videokonferenzen anbietet? (Mehrfachnennungen möglich)

9 Antworten



Befürworten Sie, falls technisch und rechtlich möglich, hybride Stadtverordnetenversammlungen? (siehe Bspw. die SVV in Hohen-Neuendorf)

9 Antworten



Wie könnten gesprächsintensive Debatten im Videokonferenzsystem Webex verbessert werden?

- „Es wäre zeitsparender und flüssiger, wenn die **Teilnehmer ihr Mikro selbst öffnen** könnten und nur bei Bedarf zentral stummgeschaltet werden.“
- „Mindestens **zwei Betreuende aus der Verwaltung**, da Handzeichen nicht immer gesehen werden.“
- „**Chats** während einer Sitzung sind nicht erstrebenswert (vergleichbar mit bilaterale Gespräche in Präsenz, eher störend, da es Aufmerksamkeit abzieht).“
- „Das ist aus meiner Sicht **nicht möglich**. Die Steuerungsmöglichkeiten hin zu einer ökonomischen Debatte sind nicht vorhanden. Die Gesamtumstände (Bild/ Ton/ Dislozierung) lassen die Videokonferenz als untaugliches Mittel erscheinen.“
- „Wir haben das im letzten Finanzausschuss spontan so lösen müssen, dass alle Redeberechtigten, d.h. Mitglieder, sachkundige Einwohner und die Verwaltung, **Moderatorenrechte** bekamen, um selbstbestimmt an der Diskussion teilnehmen zu können. Die VidCon bestand dann bis auf Henri Kramer aus Moderatoren.“

Welche weiteren Verbesserungen wünschen Sie sich?

- „Eine **Vereinfachung der Stimmenabgabe** und Stimmengültigkeit.“
- „**Alle Teilnehmer** müssen für die Vorsitzenden **gleichzeitig sichtbar** sein. Die Vorsitzenden sollten Handhebungen/Wortmeldungen schneller und übersichtlicher sehen können.“
- „Es war bisher leider nicht möglich, die **Mikrofonsysteme in den Sitzungssälen** anzuschließen, sodass es mit dem Ton immer etwas schwierig war.“
- „**Reihenfolge der Handhebungen** erfassen, erleichtert die Erstellung der Redner*innenliste; eventueller Bedarf eines zusätzlichen Tools.“
- „Das **Moderationshandling** muss beim Vorsitzenden liegen.“